

Politischer Dialog Parlamentarischer Abend Oberfranken

Sonntag, 14. Juli 2019 ab 17:00 Uhr

Herrmann's Romantik Posthotel

Marktplatz 11, 95339 Wirsberg

Die aktuelle politische Lage aus Sicht der bayerischen Wirtschaft

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Vizepräsident Friedrich,
meine Damen und Herren,
ich begrüße Sie herzlich und freue mich sehr,
bei Ihnen zu sein.

Der parlamentarische Abend Oberfranken ist
mittlerweile Tradition. Seit 14 Jahren laden wir
als Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft
Vertreter aus der Politik ein, um den Dialog mit
uns zu führen.

Dieser konstruktive Austausch zwischen Politik
und Wirtschaft ist wichtig. Unser bayerischer
Wirtschaftsstandort kann davon nur profitieren.

Das gilt vor allem dann, wenn die Zeiten
ungemütlicher werden.

Die Konjunktur in Deutschland und Bayern kühlt
sich zunehmend ab.

Unser vbw Index, das Konjunktur-Barometer für
den Freistaat, ist jetzt zum zweiten Mal in Folge

spürbar gesunken: Derzeit verzeichnen wir den niedrigsten Stand seit 2014.

Die Arbeitslosigkeit sinkt nur noch langsam und die Beschäftigungspläne der Unternehmen sind weniger expansiv als im Herbst.

Zudem geht die Zahl der neu gemeldeten offenen Stellen seit einigen Monaten zurück. In vielen Betrieben werden Pläne zu einem Kapazitäts- und Stellenabbau zumindest ernsthaft diskutiert.

Hinzu kommt: Erstmals seit der Wirtschaftskrise 2009 sind die bayerischen Exporte im vergangenen Jahr nicht mehr gestiegen.

Kurzum: Die Unternehmen in Bayern stellen sich auf schwierige Zeiten ein. Das goldene Jahrzehnt neigt sich auch bei uns seinem Ende zu.

Für 2019 erwarten wir ein Wachstum des bayerischen Bruttoinlandsprodukts von nur

noch 0,9 Prozent. Das wäre das niedrigste Wachstum seit der Rezession im Jahr 2009.

Aber es ist ein Wachstum und keine Rezession. Und es ist ein Wachstum, das leicht über dem bundesweiten Wert liegt; hier bewegen sich die Prognosen aktuell zwischen 0,5 und 0,8 Prozent.

Insbesondere die Industrie hat aber zu kämpfen. Vor allem die außenwirtschaftlichen Probleme schlagen negativ zu Buche. Ich nenne hier nur die Stichworte

- Brexit
- Handelsstreitigkeiten USA – China
- Handelsstreitigkeiten USA – EU
- Russland
- Iran
- Türkei
- und die europafeindlichen Tendenzen in Europa.

Als Bayerische Wirtschaft fällt unser Fazit zur Europawahl nicht schlecht aus.

Optimistisch stimmt uns,

- dass die Wahlbeteiligung hoch war,
- dass die Europagegner weniger stark abgeschnitten haben als befürchtet,
- und dass die Europabefürworter über eine klare Mehrheit verfügen.

Sicher: Die Mehrheitsverhältnisse im Parlament sind nicht gerade einfach. Aber: Verglichen mit dem, was man einige Wochen vor der Wahl befürchten musste, können wir mit dem Ausgang der Europawahl zufrieden sein.

Natürlich – das sage ich hier ganz offen – hätte sich die Bayerische Wirtschaft einen Kommissionspräsidenten Manfred Weber gewünscht!

Die Enttäuschung ist sehr groß!

Aber ich sage auch: Es ist, wie es ist.

Einen Gefallen hat sich Europa damit aber bestimmt nicht getan.

Es wird nicht leicht, die vielen enttäuschten Menschen da draußen jetzt wieder auf's Neue für Europa zu begeistern.

Aber: Wir müssen und wir sollten es dennoch weiter versuchen.

Denn: Europa steht und fällt nicht mit einer von den Menschen (und auch von mir) als merkwürdig empfundenen Personalentscheidung.

Europa ist viel mehr! Und Europa ist aus so vielen anderen Gründen wert, dass man dafür wirbt!

Als vbw haben wir vor der Wahl eine ganze Reihe von Veranstaltungen zur Europawahl auf die Beine gestellt.

Dabei haben wir immer wieder auf die Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung

hingewiesen und dazu aufgerufen, den Populisten Paroli zu bieten.

„Europa wählen!“, das war unser Motto.

„Europa stärken!“, das ist unsere Motto!

Dieses Motto gilt für die vbw unverändert!

Wenn die Personalentscheidungen gefallen sind, muss die EU schnell wieder Handlungsfähigkeit beweisen und in den Arbeitsmodus zurückkehren!

Die weltwirtschaftlichen Unsicherheiten drängen zur Eile! Unsere Unternehmen brauchen Planungssicherheit.

Stärken müssen wir auch den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Es ist kein Geheimnis, dass wir den bisherigen Kurs der GroKo hier für wenig zielführend halten.

Aber: Zuletzt einige wichtige Vorhaben auf den Weg gebracht.

Ich denke nur an das vom Bundestag beschlossene Fachkräftezuwanderungsgesetz oder die in der Koalition vereinbarte Neuregelung bei der Grundsteuer, die uns einen eigenen bayerischen Weg eröffnet.

Auch der Vorstoß des Bundesinnenministers zur Förderung der energetischen Gebäudesanierung stößt auf unsere vorbehaltlose Zustimmung, zumal dies einen großen Beitrag zum Klimaschutz leisten würde.

Die Ankündigung des Koalitionsausschusses, den Solidaritätszuschlag für 90 Prozent der Steuerzahler abzuschaffen, begrüßen wir ebenfalls. Das ist aber nicht genug: Wir brauchen die komplette Abschaffung des Soli und zwar möglichst schnell!

Das muss jetzt gesetzlich fixiert werden.

Auch in anderen Bereichen sehen wir als vbw Handlungsbedarf:

Erstens: Wir müssen beim Bürokratieabbau vorankommen. Das ist ein Bereich, in dem wir unsere Wirtschaft einfach und effektiv entlasten können.

Zweitens: Viel Arbeit haben wir beim Netz- und Infrastrukturausbau vor uns. Hier geht es unter anderem um den Ausbau der 5G-Netze für das autonome Fahren, um den groß angelegten Ausbau einer Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge und um die Stromübertragungsleitungen vom Norden in den Süden. Eine moderne Infrastruktur ist das Fundament für eine erfolgreiche Wirtschaft.

Drittens: Auch die Weiterbildung muss im Fokus der Bundesregierung bleiben. Gerade mit Blick auf die digitale Transformation der Arbeitswelt sind unsere Unternehmen auf Mitarbeiter angewiesen, die ihre Kompetenzen an die

aktuellen Bedürfnisse anpassen. Die Nationale Weiterbildungsstrategie bündelt hier Kräfte, das ist gut. Allerdings darf das nicht zur Folge haben, Unternehmen mit weiteren Regulierungen zu überziehen. Ein einseitiges Recht auf Weiterbildung lehnen wir ab.

Viertens: Beim Thema Grundrente setzen wir uns für eine solide und gerechte Lösung ein: Aus unserer Sicht ist es gefährlich, wenn die Bundesregierung in Zeiten konjunktureller Abkühlung die Arbeitskosten weiter erhöht und damit die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft schwächt. Es kann deshalb nicht sein, dass wir in Zukunft eine Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung haben.

Wir empfinden es zudem als ungerecht, dass ein Bürger, der mehr Beiträge in die Rentenkasse einzahlt als ein anderer, weniger Rente herausbekommen kann als ein Bezieher der

Grundrente. Hier muss schnellstmöglich eine praktikable Lösung gefunden werden!

Summa summarum sind wir als vbw der Ansicht: Wir müssen jetzt neue Prioritäten setzen. Vor dem Verteilen muss wieder das Erwirtschaften kommen.

Deshalb müssen wir die Wirtschaft stärken.

Was wir brauchen, sind

- mehr Investitionen,
- mehr Innovation
- mehr Infrastruktur.

Und wir brauchen

- mehr Wirtschaftsfreundlichkeit,
- mehr Wachstumsanreize
- und mehr Wettbewerbsfähigkeit –
beispielsweise im Steuerrecht.

Darum muss es jetzt gehen, und das würde unserem Land angesichts der anstehenden Herausforderungen ganz bestimmt guttun!

Ein Thema dominiert die politische Debatte auf Bundesebene derzeit in besonderer Weise, das ist der Klimaschutz.

Als Bayerische Wirtschaft sind wir der Ansicht: Wir brauchen eine effektive Klimastrategie, um die globale Erderwärmung aufzuhalten!

Die Politik darf aber nicht ideologisch agieren. Sie muss auch ökonomische und soziale Folgen im Blick behalten.

Das macht Nachhaltigkeit aus.

Zudem müssen wir beim Klimaschutz vom nationalen Denken wegkommen.

Wenn sich überambitionierte Klimaschutz-Regulierungen nur auf Deutschland und Europa beschränken, verlieren wir alle:

- die Unternehmen, die an internationaler Wettbewerbsfähigkeit einbüßen,
- die Standorte, die für Investoren nicht mehr attraktiv sind,
- die Bürger, deren Lebensstandard sinkt und die um ihre Arbeitsplätze bangen,
- die politisch Verantwortlichen, die mit einer undurchdachten Klimapolitik Wähler in die Arme der Populisten und Klimawandel-Leugner treiben
- und schließlich das Klima selbst, weil Unternehmen in Länder mit weniger strengen Vorgaben abwandern.

All das ist nicht im Sinne des Klimaschutzes.

Unser Ziel muss es vielmehr sein, global verbindliche Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Natürlich müssen wir auch national tätig werden. Wir dürfen aber nicht unsere Wirtschaft kaputt machen.

Deshalb sprechen wir uns als vbw dafür aus, in Deutschland ein technologieoffenes Anreizsystem zur Treibhausgasreduktion einzuführen! Der Klimaschutz muss als Infrastruktur- und Modernisierungsprojekt für Bayern und Deutschland verstanden werden!

Unser Ziel muss es zudem sein, Bayern und Deutschland in ihrer Rolle als Innovationsführer bei den klimafreundlichen Technologien zu stärken. Dafür brauchen wir innovationsfreundliche Rahmenbedingungen und konkrete, staatlich initiierte Leuchtturm-Projekte.

Demgegenüber lehnen wir eine CO₂-Steuer ab, zumal sich über dieses Instrument keine Emissionshöchstgrenze festlegen lässt. Es wäre unklar, wie stark die Emissionen wirklich sinken.

Klar ist auch: CO₂ muss dort eingespart werden, wo es am effizientesten möglich ist. Wir müssen also zu einer sektorübergreifenden Betrachtung

kommen. Sonst sparen wir eine Industrie zu Tode, obwohl in anderen Sektoren – etwa in der Gebäudesanierung – die tiefhängenden Früchte noch gar nicht geerntet sind.

Vor zwei Wochen haben wir als vbw mit der CSU vereinbart, den Umweltpakt Bayern, den Staat und Wirtschaft 2015 geschlossen haben, neu aufzulegen – und zwar als Klima- und Umweltpakt.

Wir wollen Ökonomie und Ökologie versöhnen und das Thema als bayerische Wirtschaft aktiv angehen. Dabei setzen wir aber auf Kooperation anstatt Konfrontation, wie es im Umweltpakt Bayern angelegt ist.

Wir müssen den Menschen klar machen, dass die Wirtschaft beim Umwelt- und Klimaschutz vor allem Teil der Lösung ist und nicht in erster Linie Teil des Problems.

Wirksamer Klimaschutz entsteht nicht durch Ideologie, sondern durch Technologie, nicht durch Indoktrination, sondern durch Innovation.

Meine Damen und Herren,

die Herausforderungen für Politik und Wirtschaft im Sommer 2019 sind groß und zahlreich. Wenn wir sie lösen wollen, müssen wir zusammenarbeiten und unseren Austausch intensivieren.

Dazu lade ich Sie alle sehr herzlich ein!

Vielen Dank.